Über die Polizeiaufsicht.

Von R. Braune, Rgl. Strafanstaltsgeistlicher in Görlitz.

„Wider die Polizeiaufsicht“ hat der Verfasser früher einen Aufsatz geschrieben, welcher in der Z IX 810 ff. Aufnahme gefunden hat.

Als erstrebenswertes Ziel konnte damals der Ausdruck eines erfahrenen Strafanstaltsbeamten (von Helb) aufgestellt werden, welcher gesagt hat: „Der Staat hat durch die Gesetzgebung die Strafen der Verschuldung anzupassen und Strafbestimmungen, deren Schädlichkeit oder Unangemessenheit erkannt worden ist, wieder aufzuheben.“

Diesem Wunsche ist neuerdings sehr entschieden Rechnung getragen worden in der Instruktion zu § 38 und 39 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich (Min.-Verf. v. 30. Juni 1900 IIa 469).

Der früher beklagte Charakter der Polizeiaufsicht als selbständige „Nebenstrafe“, die in praxi fast noch empfindlicher wirkte als die Hauptstrafe, ist nunmehr wieder gefallen!

Der Polizeiaufsicht selbst ist wieder mehr der Stempel einer administrativen Maßregel aufgedrückt, sie hat durch den erwähnten Erlaß ein ganz andres Gesicht bekommen, an dessen milderem Ausdruck wir uns gern erfreuen wollen.

Die neue Instruktion hat in den ersten Paragraphen im ganzen den Wortlaut wie ihre Vorgängerin vom 12. 4. 1871, außer in § 4, wo bestimmt ist, daß der Gefängnisvorstand schon sechs Wochen vor der Entlassung eines Verurteilten, gegen welchen auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt ist, der Landespolizeibehörde ein Zeugnis über die Führung des Verurteilten während der Strafverbüßung nebst einem Gutachten der Konferenz der

Oberbeamten über die Angemessenheit der Polizeiaufsicht einzuzenden habe.

In der Instruktion von 1871 war eine Frist von 14 Tagen festgesetzt.

Die neue Bestimmung, welche eine Frist von sechs Wochen festsetzt, scheint also dem entgegenwirken zu sollen, daß die Beschlußfassung über das Knie gebrochen werde. Es scheint der Wunsch vorhanden zu sein, daß eine gründlichere Beratung erfolge, und daß nicht etwa Schema F angewendet werde, welches sich in praxi nur gar zu leicht durch eine Hintertür bei den zuständigen Instanzen einschleichen will, namentlich, wenn es sich um mehrfach vorbestrafte Individuen handelt.

Nach § 2 der alten wie der neuen Instruktion soll es bei der Beratung auf vier Kriterien ankommen:

1. Das der Verurteilung zu Grunde liegende Verbrechen,
2. das sonstige bisherige Verhalten des Verurteilten,
3. die Führung während der Strafverbüßung,
4. die Verhältnisse, in welche er nach der Haftentlassung eintritt.

Die in Betracht kommenden Verbrechen sind: Meuterei (§ 122 St.G.B.), Verbrechen wider die öffentliche Ordnung (123—125), Münzverbrechen (146), Rupperei (180—181), Diebstahl (248), Raub und Erpressung (256), Fehleri (262), unberechtigtes Jagden (294).

Es ist ersichtlich, daß schon bei jedem der hier genannten Verbrechen eine Möglichkeit zu individualisieren gegeben ist.

Noch mehr ist dies der Fall betreffs des ganzen bisherigen Verhaltens des Verurteilten. Das bei den Personalakten befindliche Zeugnis des heimatlichen Pfarramtes und der heimatlichen Polizeiverwaltung wird hierbei in Betracht kommen. Seßhafte Personen werden anders zu beurteilen sein als solche, die zum Bagieren geneigt sind, verheiratete zumeist anders als Ledige, Trunkfüchtige anders als Nichttrunkfüchtige, Vorbestrafte anders als Unbescholtene. Letzterer Umstand wird besonders in Erwägung kommen bei Punkt 3: „Führung während der Strafverbüßung“.

Geschulte Züchtlinge werden sich meist straflos führen, so daß die gute Führung bei ihnen kein Gewicht in die Waagschale legen kann. Andererseits werden bei Neulingen hin und her Verstöße gegen die Hausordnung vorkommen, die gleichfalls nicht allzusehr ins Gewicht fallen können.

Von besonderer Wichtigkeit sollten „die Verhältnisse“ sein (Punkt 4), in welche der Verurteilte nach der Haftentlassung tritt. Leute, die in ein festes Arbeitsverhältnis eintreten, würden danach, wenn namentlich Punkt 2 nicht dagegen spricht, möglichst von der Polizeiaufsicht zu befreien sein.

Es ist sonach ersichtlich, daß bei Festsetzung der Polizeiaufsicht für die Individualisierung möglichst weiter Spielraum gegeben ist und darum hierbei eigentlich das Schema F außer Dienst gestellt sein sollte. Gleichwohl will sich daselbe besonders bei Punkt 2 geltend machen, wie bereits angedeutet ist, wiewohl der Fall denkbar ist, daß auch ein vielfach vorbestrafter Dieb zur Enthebung von Polizeiaufsicht empfohlen werden könnte, wenn die Verhältnisse, in welche er bei der Haftentlassung tritt, die Aussicht begründen, daß er sich straflos halten werde. Die Erfahrungen aus der Fürsorgetätigkeit bezeugen es, daß auch vielfach bestrafte Individuen von einem gewissen Zeitpunkte ab ein vormurfsfreies Leben geführt haben. Immerhin wird es bei solchen außerordentlich schwer fallen eine Ausnahme von der Regel zu begründen.

Während nun, wie eingangs erwähnt, die ersten Paragraphen im ganzen unverändert geblieben sind, so hebt das Min.-Reskript selbst hervor, daß den Paragraphen 7, 9 und 10 besonderer Wert beizumessen sei.

In § 7 handelt es sich um die Meldepflicht.

Bei Vermeidung einer Exekutivstrafe von 300 Mk. oder im Unvermögensfalle von Haftstrafe bis zu vier Wochen ist danach der Verurteilte verpflichtet:

1. binnen 24 Stunden nach seinem Eintreffen an einem Ort, wo er sich länger als 24 Stunden aufhält, sich persönlich, oder wenn dieses ausnahmsweise und aus besondern Gründen, insbesondere wegen Krankheit nicht möglich ist, schriftlich unter Angabe seiner Wohnung bei der Ortspolizeibehörde zu melden;
2. von jedem Wohnungswechsel innerhalb desselben Ortes binnen 24 Stunden unter Angabe der neuen Wohnung der Ortspolizeibehörde Nachricht zu geben;
3. falls er den Aufenthaltsort wechselt, innerhalb 24 Stunden vor dem Verlassen des bisherigen Aufenthaltsortes sich persönlich bei der Ortspolizeibehörde abzumelden und hierbei den neuen Aufenthaltsort anzugeben.

Nach Inhalt dieses Paragraphen wird besonderer Wert auf die persönliche An- und Abmeldung gelegt, und das ist in der Tat wohl eine Mindestforderung, welche an den unter Polizeiaufsicht Gestellten zu richten ist, weil es sonst manchmal unmöglich sein würde, eine persönliche Bekanntschaft zu machen, die immerhin der Polizeibehörde erwünscht bleiben muß.

Der § 8 ist nicht besonders betont; jedoch wäre hier namentlich hervorzuheben, daß die Entscheidung der Landespolizeibehörde zugleich eine Bestimmung darüber enthalten kann, „ob und an welchen einzelnen Orten dem Verurteilten der Aufenthalt untersagt werden kann“.

Wir sind noch immer geneigt, unter „einzelnen Orten“ größere Städte, besonders die Residenzstädte zu verstehen, nicht aber Märkte, Bahnhöfe usw.

Bei den neueren Verkehrsverhältnissen sind die letztern Bestimmungen ohnehin fast unhaltbar. — Wir haben es erlebt, daß ein unter Polizeiaufsicht stehender Mann zu einer Geldstrafe von 3 Mk. oder entsprechender Haftstrafe verurteilt worden ist, weil er seine Frau, welche auf dem Wochenmarkt einen Kram hatte, auf kurze Zeit abgelöst und sich also als ein unter Polizeiaufsicht Gestellter auf dem Wochenmarkt hatte blicken lassen.

Wenn sich ein derartiges Verbot gegen notorische Taschendiebe richtet, so wird sich im ganzen weniger dagegen einwenden lassen, daselbe aber nach Schema F gegen alle wegen Diebstahls bestrafte Personen anzuwenden, heißt die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es in der Zukunft der Diebe gewisse Spezialitäten gibt, die immer in demselben Rahmen sich bewegen. Ein richtiger Einbrecher wird wohl kaum jemals zum Taschendiebstahl sich versteigen, und umgekehrt wird der Taschendieb kaum jemals einen Einbruch wagen. Gibt es doch sogar noch unter den Einbrechern besondere Abarten, die dem gewiegten Polizeibeamten genau bekannt sind, wie z. B. Bodendiebe, Ladendiebe usw., die kaum jemals etwas Andres betreiben, als eben ihre Spezialität.

Der oben mitgeteilte Fall zeigt, wie das, was der Min.-Erlaß vom 30. 6. 1900 ausdrücklich vermieden sehen will, doch noch immer nicht vermieden wird, nämlich, daß es einer unter Polizeiaufsicht stehenden Person erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird, eine geregelte Tätigkeit zu ergreifen. — Der Erlaß sagt:

„Eine solche Folge der Polizeiaufsicht muß unter allen Umständen vermieden werden.“

Im ganzen wäre darum wohl zu wünschen, daß die Auffassung allgemein Geltung bekäme, daß unter den in § 39 St.G.B. erwähnten „einzelnen Orten“ nicht gewisse Plätze und Straßen oder Lokale sondern einzelne Städte (Residenzstädte) zu verstehen sein sollten, wohin freilich die Verurteilten sich am liebsten wenden, weil sie dort unter der großen Menge leichter unerkannt leben können. An einzelnen Orten, wie Wochenmärkten, Bahnhöfen usw. treibt die Kunst der Taschendiebe trotz Polizeiaufsicht doch ihr Geschäft weiter.

Wie jetzt nun die Dinge noch liegen, so ist von allergrößter Wichtigkeit der § 9 der neuen Bestimmungen vom 30. 6. 1900.

In demselben heißt es:

So lange der Verurteilte einer geordneten Fürsorge untersteht, sind alle Maßregeln, welche geeignet sind, ihm eine geordnete Tätigkeit zu erschweren, wie z. B. Erkundigungen nach ihm durch Polizeibeamte, unbedingt zu vermeiden.

Die Polizeibehörden haben von Zeit zu Zeit bei den Fürsorgeorganen anzufragen, ob der Verurteilte der Fürsorge noch untersteht. Die Fürsorgeorgane werden ihrerseits von dem Eintritt und der Beendigung der Fürsorge den Polizeibehörden Kenntnis geben.

Wir setzen behufs Vergleichung den früheren § 9 hierher, derselbe lautete:

Die Ortspolizeibehörde ist nicht befugt dem unter Polizeiaufsicht Stehenden Beschränkungen aufzulegen, welche in dem Strafgesetzbuch nicht vorgesehen sind. Insbesondere dürfen periodische persönliche Meldungen bei der Polizeibehörde, oder sonstige außergewöhnliche Kontrollmaßregeln, welche mit Beschränkung der persönlichen Freiheit verbunden sind, von denselben nicht gefordert werden.

Die neue Bestimmung, wonach die Aufsicht fast ganz von der Polizei auf die Fürsorgeorgane übertragen wird, ist bereits durch einen von den beiden Ministern des Innern und der Justiz unterzeichneten Erlaß vom 13. Juni 1895 vorbereitet, wo die Bestim-

mung getroffen wird, daß die Arbeitsprämien nicht mehr, wie früher, lediglich von der Polizei, sondern von den Fürsorgeorganen (Fürsorgeverein, Gemeindefürsorge, Pfarramt) verwaltet werden sollen.

Es heißt in dem erwähnten Erlaß:

„Im Kampfe gegen das Verbrechen ist neben der Strafrechtspflege die Fürsorge, welche dem entlassenen Gefangenen die Rückkehr zu einem geordneten Leben bahnt und ihn dadurch vor dem Rückfall in das Verbrechen bewahrt, von besonderer Bedeutung. Seit dem Anfang dieses Jahrhunderts sind daher Privatpersonen, Vereine, kirchliche Organe, bemüht gewesen, entsprechende Fürsorge zu üben und die Staatsbehörden haben diese Bemühungen gefördert. Leider ist die oft ausgesprochene Klage nicht unberechtigt, daß die Erfolge der Fürsorgetätigkeit nicht den darauf verwandten Arbeiten, Mühen und Geldmitteln entsprechen.“

Die Ursache des Mißerfolges ist wohl mit darin zu suchen, daß die Fürsorgetätigkeit nicht überall zweckmäßig organisiert gewesen ist und das richtige Zusammenwirken der Fürsorgeorgane mit den Strafvollzugs- und Polizeibehörden gefehlt hat.

Um hierin Abhilfe zu schaffen, sind im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten die in der Anlage beigefügten Bestimmungen über die Ausübung der Fürsorge für die entlassenen Gefangenen aufgestellt worden.

Es ist besonders darauf Bedacht genommen, das Geschenk aus dem Arbeitsertrage (Arbeitsprämie, Arbeitsverdienstanteil) in höherem Maße als bisher zu Fürsorgezwecken auszunutzen und Mißbräuchen, welche sich aus der bisherigen Art der Aushändigung an die Entlassenen ergeben haben, entgegenzutreten.“

Als Aufgabe der Fürsorge bezeichnet § 1 dieser Verfügung:

„den Gefangenen für den Zeitpunkt ihrer Entlassung Arbeit und Unterkommen in solchen Verhältnissen zu sichern, die geeignet sind, sie vor dem Rückfall in ungesetzliches Leben zu bewahren, auch in geeigneten Fällen sich der Familien der Gefangenen anzunehmen“.

Als Fürsorgeorgane bezeichnet § 3 a) die kirchlichen Organe (Gemeindefkirchenräte, Presbyterien und Kirchenvorstände, Ortsgeistliche), b) die Fürsorgevereine.

Von denselben wird vorausgesetzt, daß sie „im engsten Zusammenhange mit den Polizeibehörden wirken werden“.

Über die Einleitung der Fürsorgetätigkeit bestimmt § 6 wie schon erwähnt, daß die Anstaltsvorsteher bei längerer Strafverbüßung sechs Wochen vor der Entlassung die Verhandlungen einzuleiten haben, so daß bis zum Entlassungstage das Ergebnis feststeht.

In § 7 wird festgesetzt, „daß das Arbeitsgeschenk erst dann in das Eigentum des Entlassenen übergeht, wenn es ihm ausdrücklich zur freien Verfügung ausgehändigt wird, wobei es sich empfiehlt, dem Entlassenen das Geschenk nicht auf einmal auszuzahlen“.

Es liegt auf der Hand, wie segensreich diese Bestimmungen an und für sich wirken können — gegen früher — wo oft im ersten Freiheitsrausche die Arbeitsprämie in einer einzigen Nacht verjubelt wurde und dieselbe so dem sofortigen Rückfall in das Verbrechen geradezu in die Hände gearbeitet hat.

Bei dem gegenwärtigen Modus ist das Übel eingedämmt, aber nicht ganz beseitigt, denn tatsächlich denken viele Entlassene nicht eher an regelmäßige Arbeit, als bis der letzte Groschen der Arbeitsprämie verlebt worden ist.

Um die Verbindung der Fürsorgeorgane mit der Polizei aufrecht zu erhalten, wird weiter bestimmt:

„Mit der Verwendung des Geschenks dürfen die Fürsorgeorgane nicht eher beginnen, bis der Entlassene sich schriftlich darüber ausweist, daß er sich bei der Ortspolizeibehörde vorchriftsmäßig gemeldet hat.“

Endlich wird noch bestimmt, was für den vorliegenden Zweck wichtig ist:

Wenn ein Entlassener sich weigert, die von den Fürsorgeorganen in betreff der Verwendung des Geschenks getroffenen Anordnungen anzuerkennen, oder, wenn er sich der Fürsorge entzieht, oder eine strafbare Handlung begeht, so ist unter Mitteilung der Tatsachen der noch vorhandene Rest des Geschenks der Ortspolizeibehörde zu übersenden, welche dann nach den in Nr. 7 gegebenen Bestimmungen verfährt.

Wenn in diesem Ministerialerlaß vom 13. Juni 1895 also ein erster Schritt getan war, um die Fürsorgeorgane bei der Ausübung einer wirklichen staatlichen Aufsicht über die Bestraften zu beteiligen, so ist nun der neue Erlaß vom 30. Juni 1900 darin noch weiter gegangen und hat völlig an Stelle der früheren polizeilichen Aufsicht die bürgerliche Aufsicht gesetzt. Es ist tatsächlich ein Stück

Selbstverwaltung,

welches von den staatlichen Organen auf die bürgerlichen Kreise übertragen worden ist, und es wird von hohem Interesse sein, zu sehen, wie sich nun die bürgerlichen Kreise beziehungsweise die Fürsorgeorgane dazu stellen werden.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß schon der Erlaß vom 13. Juni 1895 in weiteren Kreisen mancherlei Unbequemlichkeit und Unwillen wachgerufen hat. Die Bestraften kamen zum Teil in angetrunkenem Zustande zu einer recht ungeeigneten Zeit, begehrten auf „ich will mein Geld“ und ergingen sich in wüsten Schimpfreden, wenn etwa der Postbote das Geld noch nicht gebracht hatte, so daß dann der mit der Fürsorge betraute Pastor oder Presbyter nicht eben geneigt wurde, sich weiter mit der Auszahlung der Gelder zu befassen. Manche dieser Organe haben denn auch unverblümt in Zuschriften an die Gefängnisverwaltung ihrer Mißstimmung Ausdruck gegeben.

In neuerer Zeit dagegen hat sich die Bestimmung des Erlasses mehr und mehr eingebürgert. Es kommt dabei viel auf die Persönlichkeit dessen an, der die Fürsorge ausübt: einer hat dazu mehr Geschick als ein anderer, und es war im letztern Fall namentlich auf dem Lande geratener, wenigstens in schwierigeren Fällen das Geschäft des Auszahlens der Arbeitsprämie in die Hände des Amtsvorstehers, also der Polizei, zurückzugeben.

Ähnlich wird es wohl auch mit dem Erlaß vom 30. Juni 1900 kommen, wofür denn auch bereits tatsächliche Beweise vorliegen.

In vortrefflicher Weise ist, wie sich das auch gezeimen wird,
die Hauptstadt Berlin

mit der Ausführung des Ministerialerlasses vorgegangen. Das Direktorium des Vereins zur Besserung der Strafgefangenen in Berlin hat bereits unter dem 5. Oktober 1900 an die Pfleger des Vereins eine Anweisung herausgegeben, welche folgenden Wortlaut hat:

Anweisung für die

Ausübung der Fürsorge an Polizei-Observaten.

Zufolge Erlasses des Herrn Justizministers und des Herrn Ministers des Innern ruht die Polizeiaufsicht solange, als ein Observat sich unter der Fürsorge unsers Vereins befindet. Die einmal erkannte Polizeiaufsicht wird also nicht aufgehoben, sondern nur solange nicht ausgeübt, als Observat den Schutz und die Fürsorge des Vereins genießt.

Wenn der Observat sich ungebührlich benimmt oder durch Arbeits-scheu die Vermutung gibt, daß er nicht auf ehrliche Weise sein Brot verdienen will, so ist beim Verein die Ausschließung von der Fürsorge zu beantragen. Der Verein wird in solchen Fällen dem Königlichen Polizeipräsidium hiervon Anzeige erstatten, worauf die Polizeiaufsicht dann sofort wieder ausgeübt werden wird.

Durch rücksichtslose Ausübung der Polizeiaufsicht ist dem Observaten oft ein ehrliches Fortkommen außerordentlich erschwert worden. Deshalb muß auch die beaufsichtigende Fürsorge in vorsichtiger und rücksichtsvoller Weise ausgeübt werden. Es empfiehlt sich, in der Regel den Observaten nicht in der Arbeitsstätte, sondern in der Wohnung aufzusuchen.

Um die Gewißheit davon zu gewinnen, daß Observat arbeitet, genügt die Einsicht des Quittungsbuches der Ortskrankenkasse desselben bezw. der Arbeiter-Quittungskarte oder sonstiger glaubhafter Schriftstücke. Wenn in den Vereinsitzungen über das Verhalten der Observaten Mitteilungen gemacht werden, so ist das Vereinsbureau in den Stand gesetzt, dem Königlichen Polizeipräsidium auf Erfordern Bericht zu erstatten. Etwaige Verauslagungen für Straßenbahnfahrten usw. werden aus der Vereinskasse erstattet.

Beiliegende Legitimationskarte berechtigt zur kostenfreien Auskunft bei dem Königlichen Einwohnermeldeamt, sowie zu etwaiger Unterstützung durch die Revier-Polizeiämter.

Berlin, den 5. Oktober 1900.

Direktorium

des Vereins zur Besserung der Strafgefangenen in Berlin.

Dazu bekommt jeder Pfleger außer einer Legitimationskarte, welche ihm nötigenfalls den Beistand der Polizeibeamten sichert, ein kleines Heft mit dem Titel „Fürsorgeaufsichtsbuch“ mit Angaben über Geburtstag, Geburtsort, Konfession, Wohnung, Arbeit, letzte Bestrafung, Vorstrafen, sowie Dauer der Polizeiaufsicht des Entlassenen.

Im Hinblick auf die von dem Berliner Vereine an den Tag gelegte Energie bei Verschickung der Entlassenen besonders nach

Pommern und Mecklenburg, und gerade auch in Verbindung mit dieser Maßregel läßt sich wohl erwarten, daß der Verein auch die gewiß nicht geringen Schwierigkeiten der bürgerlichen Überwachung der unter Polizeiaufsicht gestellten Persönlichkeiten überwinden wird.

Besonders wird immer die Auswahl geschickter und beherzter Pfleger nicht geringe Schwierigkeit bereiten. Viel opferwillige Liebe wird das Haupterfordernis sein. Nicht als ob es auf Opfer an Geld ankäme — nein! — mit Geld ist in den seltensten Fällen einem Verstraften zu helfen! — aber es gilt ein Opfer an Zeit, um doch monatlich wenigstens einmal dem Observaten in unauffälliger Weise nahezu kommen (natürlich nicht in seiner Arbeitsstelle) und dann auch ein Opfer an Geduld und Freudigkeit und herablassender Liebe zu dem oft recht tief gesunkenen Mitmenschen.

Eine andre Großstadt ist dem Verfasser bekannt, in welcher die Ausführung des Ministerialerlasses vom 30. Juni 1900 noch völlig ruht. Nach einer Mitteilung „haben sich dort bisher nur schwere Verbrecher gemeldet, die nicht zum besseren Fortkommen, sondern nur zur ungehinderten Ausübung ihrer ungezügelten Lebensweise von den Polizeiorganen los sein wollten. In einem Falle hatte sich die betreffende Persönlichkeit die Stellung unter Polizeiaufsicht so gedacht, als ob es dabei auf reichliche Unterstützung durch den Verein herauskommen würde, und als daraus nichts wurde, ist der Betreffende brutal gegen den Stadtgeistlichen geworden, der die Fürsorgeaufsicht ausübte.“

Anscheinend ist die Polizeiverwaltung ebenda selbst nicht geneigt, die Aufsicht an die Fürsorgeorgane abzugeben. — Wie sich diese Verwaltung mit dem vorgesetzten Herrn Minister abzufinden gedenkt, ist nicht Sache dieser Abhandlung, dagegen aber möchten wir geltend machen, daß die Fürsorgeorgane selbst, wenn es sich auch in einer großen Stadt um besonders schwere Verbrecher handelt, sich nicht kurzer Hand abweisend verhalten, sondern mutig an die Ausführung gehen sollten. Liegt es doch in jedem Augenblick in ihrer Hand, die Aufsicht in dem einzelnen Falle alsbald an die Polizeiverwaltung zurückzugeben, und braucht es deswegen noch nicht zu aufregenden Auftritten zwischen dem Fürsorgeorgane und dem Observaten zu kommen. Nach unsrer Ansicht wird besonders an der Hand der früheren Straftaten eine kurze Rücksprache mit dem Observaten zu dem Ergebnis führen, ob der Betreffende ein geeignetes Objekt der Fürsorgeaufsicht ist oder nicht.

Gezungen sollen und können doch wohl die Fürsorgeorgane auch durch den Ministerialerlaß vom 30. Juni 1900 nicht werden, die Aufsicht zu übernehmen!

In dem Gesichtskreise des Verfassers, also in dem Görlitzer Vereine zur Fürsorge für aus Strafanstalten Entlassene hat sich die Sache in folgender Weise gemacht:

Zunächst erhält jeder Observat, der dem Fürsorgeverein von der Polizeiverwaltung als solcher schriftlich unter Angabe seiner Wohnung und der Dauer der Polizeiaufsicht angemeldet wird, von dem Schriftführer einen Brief, wie ihn der Verfasser in seiner Eigenschaft als Strafanstaltsgeistlicher auch jedem aus dem Zuchthause entlassenen Observaten mit auf den Weg gibt. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Görlitz, den : 19 . .

Lieber

Durch Verfügung der Landespolizeibehörde sind Sie für die Dauer von . . . Jahren unter Polizeiaufsicht gestellt. Außerdem sind Ihnen ja wohl auch durch gerichtliches Erkenntnis die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von . . . Jahren aberkannt worden.

Beides ist nicht leicht zu nehmen. Sie müssen demgemäß:

1. Binnen 24 Stunden nach dem Eintreffen an einem Orte, wo Sie sich länger als 24 Stunden aufhalten, sich persönlich bei der Polizei melden (im Krankheitsfalle schriftliche Meldung);
2. von jedem Wohnungswechsel innerhalb desselben Ortes binnen 24 Stunden unter Angabe der neuen Wohnung der Ortspolizei Nachricht geben.
3. Falls Sie den Aufenthaltsort wechseln, müssen Sie innerhalb 24 Stunden vor dem Verlassen des bisherigen Aufenthaltsortes sich persönlich bei der Ortspolizeibehörde abmelden und hierbei den neuen Aufenthaltsort angeben.

Das sind denn Bestimmungen, die Ihnen wohl beschwerlich erscheinen werden, die Sie jedoch bei Vermeidung von Strafen erfüllen müssen.

Zu Ihrer Ermutigung teile ich Ihnen aber mit, daß die Polizeiaufsicht selbst sehr gemildert werden kann, wenn Sie bei Ihrem Übergang in die Freiheit Anschluß suchen an die öffentlich anerkannten Fürsorgeorgane (besonders Gemeinde-Kirchenräte, Ortsgeistliche oder Fürsorgevereine).

Wenn diese Organe der Polizeiverwaltung jederzeit Auskunft über Ihre Verhältnisse zu geben in der Lage sind, so werden Sie von der Polizeiaufsicht — abgesehen von den vorgeschriebenen Meldungen bei Umzügen — nur wenig oder gar nichts gewahr werden.

Dazu kommt, daß die genannten Fürsorgeorgane in der Lage sind, etwa nach Ablauf eines Jahres — falls Sie sich gut geführt haben — die Enthebung von der Polizeiaufsicht für Sie bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Antrag zu bringen.

Ja, noch mehr: Bei weiterer guter Führung können dieselben Fürsorgeorgane auch dazu schreiten: Für Sie ein Gnadengesuch um Wiederverleihung der bürgerlichen Ehrenrechte an Se. Majestät den Kaiser und König einzureichen.

Von Herzen wünsche ich Ihnen hiermit beides: Erlass der Polizeiaufsicht und Wiederverleihung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Von Ihnen selbst wird es abhängen, ob dieser mein Wunsch in Erfüllung gehen wird.

Geld verloren, wenig verloren.

Ehre verloren, viel verloren.

Gott verloren, alles verloren.

Der Anstaltsgeistliche.

Die Wirkung eines solchen Briefes ist verschieden. Einige Entlassene lassen ihn unbeantwortet. Wir senden in diesem Falle wohl noch den Stadtmissionar zu dem Entlassenen; hört er auch auf diesen nicht, so senden wir der Polizeiverwaltung ihre Anzeige mit der Bemerkung zurück, daß der Betreffende sich nicht unter die Aufsicht des Fürsorgevereins gestellt hat.

Andre Entlassene dagegen kommen willig und empfinden es als eine Wohlthat, daß sie eigentlich fortan mit der Polizei nichts weiter zu tun haben sollen.

Wir bringen bei diesen gern darauf, daß sie sich möglichst auch an den Verein zum blauen Kreuz anschließen sollen, der in unsrer Stadt seine regelmäßigen Zusammenkünfte namentlich an den Sonntag Abenden hält, wo denn der Stadtmissionar am besten Gelegenheit hat mit den Observaten sich zu unterhalten und eine Pflegschaft selbst und ohne Zwischenträger auszuüben.

Bei den Observaten, die sich noch nicht entschließen können, sich dem genannten Vereine anzuschließen, haben wir freilich zu der Einrichtung periodischer Meldungen zurückgreifen müssen, die aber keinerlei Belästigung der Observaten, geschweige denn Hinderung in ihren Arbeits- und Berufsverhältnissen mit sich bringt, da die Meldung in der Abendstunde nach vollendeter Arbeitszeit oder auch Sonntags nach dem Gottesdienst an der Geschäftsstelle des Fürsorgevereins erfolgen kann.

Hier kann man denn recht beobachten, wie die Observaten es schon äußerlich als eine Wohlthat empfinden, daß sie nicht mehr in

das Polizeigebäude zu gehen nötig haben, wo sie leicht von Bekannten gesehen und nach der Veranlassung ihres Ganges befragt werden können. — Unser Geschäftszimmer liegt abseits und besteht hier die geschilderte Gefahr nicht. — Früher wurde das Ehrgefühl durch den Gang zur polizeilichen Meldung abgestumpft, jetzt kann davon nicht mehr die Rede sein. — Selbstredend ist bei uns von einer schematischen Abfertigung der Observaten keine Rede. Man bietet den Leuten einen Stuhl an, man bespricht mit ihnen ihre Wohn- und Arbeitsverhältnisse, man kann ihnen den oder jenen guten Rat geben, man stellt ihnen einen Rationsschein für Benutzung der Volksbibliothek aus, man ladet sie gastweise in den Sängerkranz des Vereins zum blauen Kreuze ein, man gibt ihnen wohl auch einmal aus dem in der Natural-Verpflegungstation vorhandenen Kleidervorrat ein Kleidungsstück. Auf dem Tische steht dabei eine kleine Missionsbüchse des Vereins für Heidenmission, welcher ebenfalls in demselben Geschäftszimmer seinen Sitz hat. Da ist es auch schon vorgekommen, daß ein Observat, natürlich unaufgefordert, seinen Obolus dahingibt, und es steht zu erwarten, daß die Hand, welche hierzu sich versteht, sich so leicht nicht mehr nach fremdem Gut ausstrecken wird.

Zu verwundern ist es wohl nicht, daß es bei unsrer Ausübung der Aufsicht auch nicht immer ohne Konflikt mit der Polizeiverwaltung abgegangen ist.

Ein solcher Konflikt kam bei uns namentlich vor, als einmal eine zeitlang die Einwohner der Stadt durch zahlreiche Einbrüche beunruhigt wurden. Da hat die Polizeiverwaltung denn bei allen unter Polizeiaufsicht stehenden Personen Hausdurchsuchungen vornehmen lassen. Von dieser Maßregel wurden auch unsre Pfleglinge betroffen, was eigentlich gegen die Verabredung war, beziehungsweise gegen den Ministerialerlaß vom 30. Juni 1900 zu verstoßen schien.

Wir haben die Sache nicht gleich allzu tragisch aufgefaßt und in solchem Sinne unsre Pfleglinge, die sich bei uns beklagten, zu beeinflussen versucht.

Wir schrieben aber an die Polizeiverwaltung unter Hinweis auf den Ministerialerlaß vom 30. Juni 1900. Wir betonten, daß wir als Verein uns nicht herausnehmen wollten, gegen eine Maßregel, die zum Schutze des Publikums unvermeidlich sein werde, zu remonstrieren, baten aber um eine Auskunft, ob dieselbe bei irgend einem unsrer Pfleglinge einen Erfolg gehabt habe, und teilten

unsererseits mit, daß einer unsrer Pfleglinge Klage darüber geführt habe, daß er wohl bei Gelegenheit der Haussuchung von dem betreffenden Beamten nicht angemessen behandelt worden sei. Derselbe habe ihn gefragt, wo er, der Observat, gestern Abend gewesen sei. Auf die Antwort: „in unsrer Kirche“ d. i. Bibelstunde des „Vereins zum blauen Kreuz“, habe der Beamte die Äußerung getan: „Sie wollen wohl auf die alten Tage noch fromm werden!“

Wir erhielten auf solche unsre Mitteilung eine durchaus verständnisvolle Antwort der Polizeiverwaltung, in welcher besonders auch kundgegeben wurde, daß der betreffende Beamte sich jeder höhnernden Bemerkung enthalten habe.

Wir möchten annehmen, daß auch solche Konflikte ihr Gutes haben. Gut Ding will Weile haben.

Es haben sich im ganzen bisher in Görlitz 22 Personen unsrer Aufsicht unterstellt, nämlich 19 Männer 3 Frauen. Davon sind wieder verhaftet 3, der Polizei überwiesen 7 Personen, während 12 bisher in geordneten Verhältnissen leben. Zu wünschen bliebe, daß über die Frage eine Entscheidung höheren Orts getroffen werden möchte, ob unter den oben erwähnten Verhältnissen, wo also plötzlich eine große und für das Publikum beängstigende Anzahl von Einbrüchen vorgekommen ist, generell Haussuchungen bei den Observaten vorgenommen werden dürfen, welche unter Aufsicht der Fürsorgeorgane stehen — auch dann, wenn gegen dieselben kein bestimmter Verdacht vorliegt, der die Haussuchung rechtfertigen würde. Im vorliegenden Falle war die Maßregel resultatlos geblieben!

Interessant erscheint die Tatsache, daß, wenn es sich um Aufsicht über weibliche Personen handelt, gegenwärtig bei uns die Polizeiaufsicht auch durch Damen ausgeübt wird. Wir bedienen uns dabei der von dem Berliner Vereine herausgegebenen „Fürsorgeaufsichtsbücher“, welche recht praktisch eingerichtet sind.

Wenn ein Observat nach einem andern Orte weiter geht, so haben wir nach Möglichkeit gesucht, ihn dahin zu bringen, daß er ein etwaiges Guthaben in einem Sparbuche des Deutschen Herbergsvorbandes (Bielefeld) anlegen möge, welches nur in „Herbergen zur Heimat“ sich verwerten läßt, so daß dann also der Observat vor Einkehr in schlechte Pennen bewahrt bleibt.

Der Verfasser hat in Bd. 9 S. 808 ff. „wider die Polizeiauf-

sicht" geschrieben und war damals gezwungen, im Hinblick auf seine Klienten das Wilbenbruchsche Wort anzuwenden:

Armut hat keine Stimme, die man hört,
Armut hat keine Hand, um sich zu helfen,
Sie hat nur Fleisch und Bein, um Schmerz zu fühlen,
Wenn man zu Tod sie tritt.

Die Bitterkeit dieses Ausspruchs war damals berechtigt. Es ist aber seitdem besser geworden.

Freilich fehlt noch viel, ehe die alten Mißstände völlig aus der Welt geschafft sein werden. Wenn dieselben aber noch weiter bestehen, so liegt die Schuld nicht an den oberen Instanzen oder gesetzlichen Bestimmungen, sondern etwa daran, daß die Fürsorgeorgane noch unbekannt sind mit dem Segen und dem Werte der neuen Bestimmungen.

Dieser Unkenntnis gilt es entgegenzuarbeiten und ist dies hauptsächlich auch ins Auge gefaßt, wenn wir, wie es in der Görlitzer Strafanstalt jetzt regelmäßig geschieht, jedem unter Polizeiaufsicht gestellten Gefangenen den oben abgedruckten Brief mitgeben, wobei wir ihn bedeuten, daß er an seinem Aufenthaltsorte alsbald sich bei dem betreffenden Fürsorgeorgane melden und den Brief bei dieser Gelegenheit vorzeigen möge mit der Bitte, ihn unter Fürsorgeaufsicht zu nehmen. Wenn eine solche oder ähnliche Maßregel auch in andern Anstalten geübt werden möchte, so würde wohl allmählich der gute Zweck, den die Herren Minister verfolgen, auch auf die Fürsorgeorgane und die ländlichen Polizeiorgane durchsickern. Für jetzt muß der Verfasser die Besorgnis aussprechen, daß der entlassene Gefangene mit dem erwähnten Briefe noch nicht überall das nötige Verständnis und Entgegenkommen finden wird.

Angemessen und zweckdienlich möchte es sein, wenn auch die kirchlichen Organe von höherer Stelle aus auf die Wichtigkeit des Ministerialerlasses vom 30. Juni 1900 hingewiesen werden möchten.

Der Verfasser bekennt gern, daß er aus einem ehemaligen Gegner der Polizeiaufsicht nunmehr in solchem Grade ein Freund derselben geworden ist, daß gerade in der Fürsorgetätigkeit der Wunsch entstanden ist, die Polizeiaufsicht möchte häufiger zur Anwendung kommen, namentlich bei den jugendlichen Bestraften.

Diesem besonders fehlt oft genug Einsicht und Wille, gutem Räte zu folgen, und es würde denselben nur zum Segen sein, wenn ein milder Nachdruck durch die Aufsicht geübt werden könnte.

Eine Erweiterung der Institution nach dieser Seite hin wird freilich nicht möglich oder ratsam sein, ehe nicht die segensreichen Bestimmungen des Ministerialerlasses vom 30. Juni 1900 sich völlig werden eingelebt haben.

Als ganz besonders wichtig erachten wir den Hoffnungstern, den wir den Observaten in dem Dunkel der sie umgebenden Aufsicht zeigen, daß nämlich bei guter Führung durch ein an den Herrn Regierungspräsidenten gerichtetes Gesuch der Fürsorgeorgane die Zeit der Polizeiaufsicht abgekürzt und durch ein an Se. Majestät den Kaiser gerichtetes Gnadengesuch auch die Wiederverleihung der bürgerlichen Ehrenrechte zu erlangen sein werde.

Solche Aussicht und Hoffnung hat, wie wir aus Erfahrung wissen, einen stark erziehlischen Einfluß und es wäre zu wünschen, einmal, daß die Fürsorgeorgane recht oft Gelegenheit haben möchten, diese Gunst respektive Gnade für ihre Pfleglinge zu erbitten und dann, daß ihren diesbezüglichen Gesuchen höheren respektive höchsten Ortes möglichst entsprochen werden möchte.

Einer besonderen Abhandlung wäre schließlich die Frage würdig, in welcher Weise eintretenden Falles eine Übertretung der Vorschriften der Polizeiaufsicht zu ahnden sein würde.

Einer unsrer Pfleglinge erhielt folgenden

Strafbefehl.

Auf Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, in G., nachdem Sie unter Polizeiaufsicht gestellt waren, den infolge derselben Ihnen auferlegten Beschränkungen dadurch zuwider gehandelt zu haben, daß Sie sich am 1. August cr. von L. nach G. abgemeldet haben, ohne sich am letztern Orte rechtzeitig angemeldet zu haben (§ 361 I St.G.B.), wofür als Beweismittel bezeichnet ist: Ihr Geständnis eine Haftstrafe von 4 Wochen (vier) festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht Einspruch erheben.

G., 5. 10. 1902.

Königl. Amtsgericht.

Wir möchten, — ohne an der Rechtmäßigkeit dieses Strafbefehls rütteln zu wollen, doch zweierlei dabei der Erwägung unterbreiten: Erstens, daß es noch nicht immer böser Wille (dolus) sein braucht, wenn ein Observat die Anmeldung unterläßt, und zweitens, daß doch bei Abmessung des Urteils in Betracht gezogen werden

sollte, in welchen Verhältnissen der Angeschuldigte sich eben befindet. In dem vorliegenden Falle stand derselbe seit einer Reihe von Wochen in regelmäßiger Arbeit als Schmied in einer Maschinenfabrik. — In Anbetracht des Umstandes, daß so ein Observat überhaupt nicht leicht Arbeit findet, muß dann wohl solch ein Strafbefehl eine doppelt und dreifach niederschmetternde Wirkung haben, insofern als doch der Betreffende alsbald die mühsam errungene Stellung wieder einbüßt, denn, wenn er nach vier Wochen Haft wieder auf der Bildfläche erscheint, so ist seine Stelle natürlich längst wieder anderweitig besetzt und er kann aufs Neue beginnen, gegen die widrigen Winde anzukämpfen, die ihm die endliche Einsahrt in einen Friedenshafen wehren. Alle gegen ihn vielleicht nicht mit Unrecht geltend zu machenden Vorwürfe: „ja, warum . . .“ erblaffen nach unsrer Meinung vor der Tatsache, daß es dem Observaten erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird, eine geregelte Tätigkeit zu ergreifen. — Wir meinen, daß schon die Polizei, unter deren Aufsicht in diesem Falle der Observat gestanden hat, nicht schematisch die Anzeige gegen ihn hätte machen sollen, sondern, daß sie ihn wegen der Unterlassungsfünde — in Anbetracht des Umstandes, daß er doch in geregelter Arbeit stand, mit einer Verwarnung oder mit einem Verweise hätte davonkommen lassen mögen.

Ob im obigen Falle der erhaltene Strafbefehl die Ursache gewesen ist, daß der betreffende Observat gleich darauf wieder eine neue Straftat begangen hat? Wer will es entscheiden!

Jedenfalls dürfte es für die Fürsorgeorgane ratsam sein, wenn einmal ein Observat gegen die Bestimmungen verstößt, wenn er also z. B. ohne sich abzumelden an einem Nachbarorte eine sich anbietende Arbeitsgelegenheit übernimmt, nicht alsbald ihn zur Bestrafung anzuzeigen, sondern ihn bei Gelegenheit schriftlich oder mündlich an seine Verpflichtung und zum Nachholen des Versäumten zu veranlassen, jedenfalls aber immer zu individualisieren und die Aufsicht zu üben nach dem Satze, den wir zum Schlusse aufstellen:

Der Mensch ist nicht wegen der Polizeiaufsicht da, sondern die Polizeiaufsicht des Menschen wegen.